

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Dezember 2023

Die geplante Kindergrundsicherung – der große Betrug

Wann kommt die soziale Zeitenwende?

Als viertreichstes Land der Welt leistet sich Deutschland, dass jedes fünfte Kind in Armut aufwachsen muss. Im Bundeskabinett wurde die Kindergrundsicherung beschlossen. Ihr offizielles Ziel: Die Kinderarmut soll beseitigt werden. Denn sie schadet nicht nur den Kindern in ihrer Entwicklung, sondern der gesamten Gesellschaft, der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung.

Wir brauchen phantasievolle, gesunde und starke Kinder und Jugendliche. All das ist seit Jahren bekannt und wissenschaftlich belegt. Doch ebenso lange steigt die Kinderarmut weiter, obwohl das Bruttosozialprodukt zehn Jahre lang gestiegen ist. Die Caritas betont, dass immer mehr Kinder vier Jahre und länger in Armut aufwachsen, mit dauerhaften Schäden auch für Gesundheit und Psyche.

Verniedlicht wird die Kinderarmut, wenn gesagt wird, dass bei uns kein Kind wie in Afrika verhungern braucht. Damit werden bei uns die Folgen der relativen Armut wie schlechte (Mangel-)Ernährung, (gefährliche Essstörungen), Bewegungsmangel, soziale Ausgrenzung, beengte Wohnverhält-

nisse, fehlende Förderung ihrer Begabungen sowie Hoffnungslosigkeit verharmlöst. Die Beseitigung dieser Schäden verschlingt später Milliarden.



So sollte die Kindergrundsicherung ursprünglich ein großer Schritt nach vorn sein, die Armut strukturell bekämpfen und Mut machen. Die Unzahl erniedrigender und bürokratischer Einzelanträge sollte durch eine Überprüfung der „Bedürftigkeit“ von staatswegen beseitigt werden. Denn bisher wurde nur für jedes dritte anspruchsberechtigtes Kind der Kindersofortzuschlag beantragt. Zukünftig sollte die zweiteilige Grundsicherung aus einem

Grundbetrag für alle Kinder und Jugendlichen und aus einkommensabhängigen Zusätzen bestehen und das alles spätestens ab dem 1. Januar 2025. Wow!

Was ist daraus geworden?

Die Umsetzung der Kindergrundsicherung soll die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit ihren Familienkassen übernehmen. Die Zahl der Kassen soll um etwa 100 auf über 400 steigen, das Personal sich um 2.200 auf 8.000 Beschäftigte erhöhen. Und die BA erklärt rundweg: Frühester Beginn des neuen „Service“ ist wegen großer Veränderungen an IT-Programmen Mitte 2026 – also nach der nächsten Bundestagswahl. Aha, Nichtigall ich hör dir trappen! Die SPD-Fraktion will das Gesetz noch nicht im Bundestag behandeln, da die „Rechtsförmlichkeitsprüfung“ noch nicht abgeschlossen sei.

Da die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (Zuschüsse für Unterricht an Musikschulen, für Nachhilfe, Klassenfahrten, Vereine) nur von lokalen Behörden ausgezahlt werden, müssen dafür auch in Zukunft Dutzende Einzelanträge gestellt werden. Zudem ist die Liste der geförderten Akti-

>>>

Und weiter:

Stuttgart 21 zwei Jahre vor der geplanten Eröffnung Seite 3

Steinbruch Frommenhausen darf erweitert werden Seite 7

Stäble Remmingsheim wird „umstrukturiert“ Seite 9

Stellenstreichungen im Bundesfreiwillendienst Seite 11



Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

täten weiterhin begrenzt, es wird kein Pauschalbetrag gezahlt.

„Reine Verwaltungsreform“

Scharfe Kritik an diesem Pfuscher formuliert der Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes Ulrich Schneider: Die „Reform“ vernachlässigt weiterhin gerade besonders benachteiligte Familien und beabsichtigt keinerlei wirksame finanzielle Verbesserung. Schon jetzt sind die Regelsätze nach Berechnungen des Sozialverbandes um 44 Prozent zu niedrig, um wenigstens das Existenzminimum zu sichern.

Doreen Siebernik (GEW) betont, dass der Kindersozialzuschlag aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gestrichen und damit eine soziale und ethnische Spaltung bereits zwischen Kindern eingeführt wird. Da die Regierungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch vernachlässigen, sind besonders Kinder von kinderreichen Familien und von Alleinerziehenden die Leidtragenden: Laut Statischem Bundesamt waren im letzten Jahr rund 2,3 Mio. Mütter und fast 490.000 Männer alleinerziehend.

Gesellschaftlicher Aufschrei nötig

Die FDP mit ihrer Politik des sozialen Kahlschlags verhindert mit immer neuen „Fragenkatalogen“ die Behandlung und Verabschiedung der Kindergrundsicherung im Bundestag. Das aktuelle Gesetz ist Pfuscher und spaltet die Kinder nach sozialer und ethnischer Herkunft. Mit „Sicherheit vor Armut“ hat das nichts zu tun, sondern mit Augenschere. Denn die Grundlage für die



Kinderarmut liegt vor allem auch am geringen Einkommen der Eltern: Die Industrienation Deutschland hat nach Litauen, Lettland, Estland, Polen und Bulgarien den größten Niedriglohnsektor Europas. Rund 23,35 Prozent aller Beschäftigten erhalten bei uns derzeit unter 14 Euro die Stunde und befinden sich im Niedriglohnsektor mit einer garantierten Altersarmut. 25,4 Prozent

der Frauen müssen bundesweit mit einem niedrigen Monateinkommen trotz Vollzeitarbeit auskommen, von den Männern 15,4 Prozent. Von den Vollzeitbeschäftigten ohne Berufsabschluss sind 40,8 Prozent betroffen.

Die Kehrseite der Medaille ist der Anstieg der Zahl der deutschen Milliardäre auf 226, die 500 reichsten Deutschen besitzen ein Vermögen von 1,1 Billionen (!) Euro.

Eine wirksame Bekämpfung der Armut einschließlich der Kinderarmut in Deutschland beginnt mit der sofortigen Anhebung des Mindestlohns auf 14 Euro/ Stunde, Abschaffung der Kita-Gebühren, Anhebung der Regelsätze im „Bürgergeld“ und einer tatsächlichen Kindergrundsicherung. Alles andere verfestigt die Armut und ist der politische Nährboden für Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Neues Wassergesetz in Sachsen-Anhalt

„Weiter so“ mit der billigen Wasserverschwendung

Im Sommer diesen Jahres durfte wegen der großen Dürre in acht von elf Landkreisen in Sachsen-Anhalt kein Oberflächenwasser aus öffentlichen Gewässern entnommen werden. In den letzten Jahren ist der Grundwasserspiegel durchschnittlich um einen halben Meter gesunken. Deshalb sollen die Wasserspeicher wieder aufgefüllt werden. Das kostet 70 Mio. Euro.

Aber im neuen Wasserentnahmegesetz der Landesregierung aus CDU, FDP und SPD ist keine Erhöhung des „Wassercent“ vorgesehen, wie der Landesrechnungshof nach 2022 erneut scharf kritisiert. In Sachsen-Anhalt beträgt der Wassercent fünf Cent pro

Kubikmeter und ist damit bundesweit einer der billigsten. Die Preise wurden zehn Jahre lang nicht angepasst.

Gerade hat Niedersachsen nach den Dürre-Erfahrungen den Wassercent auf 15 Cent/ Kubikmeter verdoppelt. Doch damit nicht genug: Wenn ein Konzern in Sachsen-Anhalt Bodenschätze abbaut, benötigt er zwar oft Wasser, muss dafür aber keinen Cent bezahlen. So auch der Braunkohle-Konzern Mibrag mit seinen drei Millionen Kubikmetern pro Jahr.

Hinzu kommt, dass der Intel-Konzern in Magdeburg mit seinem neuen Werk jährlich geschätzte 6,5 Mio. Kubikmeter verbrauchen wird, das entspricht mehr als die Hälfte des gesamten jähr-

lichen Wasserverbrauchs der Stadt Magdeburg.

Armin Willingmann, SPD-Umweltminister im Bundesland, will den Wasserpreis frühestens in zwei Jahren „überprüfen“. Kein Wunder, denn für die Förderung des Intel-Konzerns hat Bundeskanzler Scholz 9,9 Milliarden Euro zugesagt.

Schon beim Tesla-Werk in Brandenburg mit seiner Gefährdung des Grundwassers sieht man, dass sich die SPD unter Scholz zu einer reinen Konzern-Partei entwickelt und jeglichen Protest selbst von ganzen Gemeinden und Landkreisen mit den Füßen tritt. (EP)

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Stuttgart 21 zwei Jahre vor der geplanten Eröffnung

Aktuelle Eindrücke und Erkenntnisse über den Tiefbahnhof

Der Widerstand gegen Stuttgart 21 hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Heute gehen zwar nicht mehr 100.000 Menschen wie 2010 nach dem Schwarzen Donnerstag auf die Straße, aber die Demos gehen weiter, wenn auch in einem bescheideneren Rahmen. Dennoch sind sie nicht wirkungslos. Wir haben einige Montagsdemos der jüngsten Zeit besucht und hineingehört, was die Redner an interessantem Allerlei so von sich geben.

Dr. Norbert Bongartz, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21:

Vor fast 10 Jahren bildete sich eine kleine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, den vielen Kritikpunkten am Projekt S21 ein alternatives Konzept entgegenzusetzen, wie die Zukunft aussehen könnte, wenn S21 voraussichtlich scheitert. Dieses Konzept namens **Umstieg 21** diente als Argumentations-Säule und Kraftquelle, auf denen unser Widerstand fußt. Trotz des bescheidenen medialen Echos führte dieses Konzept zu scheinbaren Erfolgen. Hier drei Beispiele:

- Ein von den anliegenden Fildergemeinden geforderter S-Bahn-Ringschluss durch Verlängerung der S-Bahn-Trasse auf den Fildern zwischen dem Flughafen und Wendlingen.
- Umdenken bei der Panoramabahnstrecke, die nun offenbar doch zwischen dem Nordbahnhof und Vaihingen erhalten bleiben soll.
- Im Rahmen der Verkehrswende zeichnet sich ein Bedarf für eine unterirdische Citylogistik ab, für die, die dann frei werdenden Tunnelröhren umgenutzt werden können.

Als Fazit aus diesen drei Beispielen können wir uns gelassen zurücklehnen und uns über plagiierende Übernahmen unserer Ideen freuen, erst recht, wenn noch weitere der Umstieg-21-Module umgesetzt werden. So unrealistisch ist das nicht, denn der Bahn und ihren Projektpartnern bläst ein zunehmender Gegenwind ins Gesicht. Weitere millionenschwere Mehrkosten sind die Warnzeichen für S21 und ein Beleg dafür, dass dieses Großprojekt in der Sackgasse angekommen ist. Als Nächstes – darauf können wir wetten – können wir bald das Eingeständnis

erwarten, dass sich die zuletzt für 2025 angekündigte Fertigstellung des Tiefbahnhofs um weitere Jahre verzögern wird.

Dr.-Ing. Hans-Jörg Jäkel, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21:

Die extreme Bahnsteigneigung von mehr als 6 Meter Höhenunterschied auf 400 Meter Länge (15%) wurde relativiert, da kein Mensch einen solch langen Schritt machen könne. Verglichen mit einem Schritt von nur einem Meter würde dies lediglich der Höhe einer Streichholzschachtel entsprechen, und „da könne ja nichts wegrollen“. Ich selbst habe das Abrollen einer 80 Tonnen schweren Lok mit defekter Bremse bei etwa einem Meter Höhe und den dadurch angerichteten Schaden beim Aufprall auf mehrere Wagen erlebt.

Stuttgart 21 bleibt weiterhin ein fürchterliches Projekt in unserem Land. Der Murks21 wird immer schlimmer. Aber ich finde, dass wieder mehr Menschen dies auch erkennen und sich offener dazu äußern. Das gibt mir Hoffnung und bedeutet bei aller Verzweiflung auch „Kopf hoch“ und Umstieg 21.

Michael Becker, Kernen 21:

Vor zwei Wochen hat eine Delegation von S21-GegnerInnen anlässlich der DB-Aufsichtsratsitzung vor dem Berliner Bahntower demonstriert. Halt – da war doch was – nein, nicht direkt vor dem Bahntower, sondern vor einem Nebengebäude, das als Interimsquartier dient, denn das erst im Jahr 2000 eröffnete Areal muss wegen massiver Bauschäden kernsaniert werden und wird ausgebeutet. **Holzbretter statt klarem Durchblick, ein Sinnbild für den Zustand der Deutschen Bahn.**

Und ganz nebenbei bemerkt, der neue Berliner Hauptbahnhof ist nicht nur zu klein, sondern in Teilen auch schon kaputt: Es bröckelt der Beton, Tragwerksteile sind verrostet, eine umfangreiche Sanierung verhindert den Bau der darunter verlaufenden S-Bahn-Strecke mit der Nummer – S21.

Und noch etwas: **Warnweste statt Talar, Bauhelm statt Mitra**, so wurde

der Besuch von 19 Bischöfen und dem Baustellen-Seelsorger Diakon Peter Maile auf der S21-Baustelle am 26.09.2023 in der Stuttgarter Zeitung betitelt. Nach der Besichtigung verstieg sich Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz, sogar zu der Aussage, **Stuttgart 21 sei „die Kathedrale der Züge“**. Ich finde



es ganz schön vermessen von den hohen Herren, sich derart über ein Projekt

zu äußern, das so ganz und gar nicht christlichen Werten entspricht. Ihr Bischöfe, wo wart ihr denn, als am 30.09.2010 hunderte Bürger durch einen illegalen Polizeieinsatz mit Pfefferspray, Knüppeln und Wasserwerfern für den Bau der Kathedrale attackiert wurden? Habt ihr euch um die verletzten Seelen gekümmert? Nicht einmal, als die göttliche Baustelle gegen kirchliche Gesetze wie die Sonntagsruhe verstoßen hat, wurdet ihr vorstellig. Einen Dienst an der Schöpfung habt ihr mit eurer unkritischen Tiefbahnhofs-huldigung auf jeden Fall nicht getan.

Vielleicht war das aber auch nur eine willkommene Ablenkung, um nicht daheim in euren Diözesen im Sumpf der nicht enden wollenden Vertuschungsskandale um sexualisierte Gewalt durch kirchliche Würdenträger waten zu müssen.

Wenn die Bischöfe das nächste Mal nach Stuttgart kommen, lade ich sie herzlich ein, bei der Mahnwache vorbei zu gucken und anschließend das von den TheologInnen gegen Stuttgart 21 veranstaltete Parkgebet zu besuchen. Das wird ihnen sicherlich Erleuchtung bringen – Erleuchtung, die wir schon besitzen, denn wir wissen: wahre Kathedralen baut man nicht im Keller, sondern oben!

Doch wir sind schon immer oben gewesen und werden daher auch in Zukunft

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Geburtshilfe im Klinikverbund Südwest: Drei Abteilungen sollen schließen

Brandbrief von 70 Hebammen an die Landräte

Die Geburtshilfeabteilungen in Calw, Leonberg und Herrenberg sollen schließen und dafür in den Krankenhäusern Nagold und Flugfeldklinik (Böblingen) konzentriert werden.

Dies ist das Konzept der Hamburger Beratungsfirma Lohfert&Lohfert, auf das sich die Landräte der Kreise Böblingen und Calw stützen. Sie argumentieren mit einem Defizit von 70 Mio. Euro und dem Fachkräftemangel, der teure Leiharbeitskräfte erfordere.

Durch die Konzentration von bisher vier auf künftig zwei Standorte könnten die Fachkräfte „gebündelt“ werden. Allerdings hatte Landrat Bernhard (Böblingen), Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikverbunds Südwest, noch 2019 für den Ausbau der Geburtshilfe und ein hohe Investitionen geworben.

Landrat Helmut Riegger will in Calw die Geburtshilfe und die Kardiologie (Herzabteilung) schließen und stattdessen die Altersmedizin ausbauen, dies sei Teil der Medizinkonzeption 2030. Zu diesem Zweck besuchte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Anfang August den Gesundheitscampus Calw.

Breiter Protest

Ende September stellte die Stadt Herrenberg an den Landkreis und Klinikverbund 14 Forderungen auf, denn die Geburtshilfe in Herrenberg ist seit Jahren ein Leuchtturmprojekt über die Kreisgrenzen hinaus. Sie besitzt Zerti-

fikate für ein babyfreundliches Krankenhaus mit einem hebammengeführten Kreißsaal, der nicht ohne große Verluste an Pflegekräften an einen anderen Standort verlegt werden kann, so die freiberufliche Hebamme Simone Müller-Roth, Vorsitzende der Hebammenverbands im Landkreis.

Bereits im August hatten 70 Hebammen einen Brandbrief an die beiden Landräte in Calw und Böblingen sowie an Alexander Schmidtke, Geschäftsführer des Klinikverbundes Südwest (KVSWS), geschrieben und die dezentrale Versorgung der werdenden Mütter verteidigt. Denn sie hatten 2022 in ihren Abteilungen des KVSWS mit seinen 78 Betten 5.300 Geburten auch aus den Landkreisen Stuttgart, Ludwigsburg, Enzkreis und Tübingen durchgeführt.

Die geplante Zentralisierung von vier auf zwei neue „unausgereifte Standorte“ führe zu einem Abbau von 30 Betten und zu einer massiven Überlastung des Personals.

„Im sensiblen Bereich der Wochenbettspflege braucht es vor allem die ersten zehn Tage eine gute Beobach-

tung und Begleitung für Mutter und Kind. Ist dies nicht der Fall, drohen Schädigungen vor allem der Neugeborenen durch Infektionen, Geldsucht,



Blutzuckerabfall und Gedeihstörungen“, heißt es im Brief.

Die Hebammen erinnern an den Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung von 2021, in dem „als wichtigstes Ziel für die Sicherheit in der Geburtshilfe die wohnortnahe Umsetzung einer 1:1-Betreuung angestrebt werden soll. Der jetzige Plan werde „gut gewachsene Teams und Strukturen zerstören“.

Aus all diesen Gründen treten die Hebammen für den Standorterhalt der Geburtshilfen ein. Sie brauchen die Unterstützung der Bevölkerung, denn es geht um die Daseinsvorsorge der Bevölkerung anstelle eines sozialen Kahlschlags im Gesundheitswesen!

Dr. Emanuel Peter
DIE LINKE
Rottenburg

Kein erweiterter Kiesabbau im Bischoff-See

Erfolg für Tübingen und Rottenburg

Nahe dem Wasserschutzgebiet Gehrnfeld (Hirschau) hatte das Kieswerk Bischoff eine Erweiterung ihres Kiesabbaus um mehr als acht Hektar bis 2038 beantragt.

Da der aktuelle Baggersee ein wichtiges Vogelschutzgebiet für Brüter und Zugvögel ist, wollte die Firma einen zweiten Bagger-See anlegen. Durch den LKW-Verkehr wäre jedoch der Untergrund gefährdet gewesen. Deshalb protestierten im Gemeinderat Rottenburg die FAIR und DIE LINKE

gegen diese Pläne. Auch die Stadtwerke Tübingen hatten große Befürchtungen für die Trinkwasserversorgung, da die Bagger in derselben Grundwasserschicht tätig würden, die für Tübingens Trinkwasser wichtig ist.

Jetzt entschied das Tübinger Landratsamt (LRA): „Durch den Kiesabbau würden die schützenden geringdurchlässigen Deckschichten über dem Grundwasser in diesem Bereich vollständig und irreversibel verloren gehen. (...) Aus Sorge um die Grundwas-

serqualität war der Antrag aus wasserrechtlicher Sicht abzulehnen.“

Allerdings wird die Firma noch die Reste ihres Kiesabbaus aus ihrer Genehmigung von 1964 ausnutzen, bevor sie den Abbau endgültig einstellt. Ein Wermutstropfen in der LRA-Begründung ist, dass laut LRA „grundsätzlich keine naturschutzrechtlichen Gründe gegen die Erweiterung“ sprächen. (EP)

Wir drucken hier den **Beginn des Redebeitrags von Heike Hänsel** (Ex-Bundestagsabgeordnete der LINKEN) und den **Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN** ab, damit sich jeder eine Meinung bilden kann, ob **DIE LINKE** einseitig Stellung bezieht und jede Kritik an der israelischen Regierung

Heike Hänsel auf der Kundgebung vor der Stiftskirche in Tübingen am 11. September 2023

Liebe Tübingerinnen und Tübinger,

Ich bin heute zu dieser Kundgebung gekommen, um meiner Trauer und meinem Entsetzen über die vielen Menschen in Israel, mittlerweile über 1200 zivile Opfer, die auf brutale Weise von der Hamas angegriffen und getötet wurden, Ausdruck zu verleihen. Dieser gezielte Angriff auf Zivilisten, auf Jugendliche, auf Familien muss scharf verurteilt werden, es ist menschenverachtender Terror und ist auch nicht mit dem völkerrechtlich verbrieften Widerstandsrecht des palästinensischen Volkes vereinbar. Diese Bilder sind schwer zu ertragen, erst Recht in Deutschland, dem Ort der Shoah. Und es erzeugt natürlich auch Existenzängste in Israel, das müssen wir Ernst nehmen!

Ich bin auch hierher gekommen, um mein Entsetzen und meine Trauer auszudrücken über die in den letzten Tagen durch massive israelische Bombardierungen des Gazastreifens getöteten palästinensische Zivilisten, mittlerweile mehr als 1500, und die verhängte Totalblockade von Wasser, Lebensmittel, Strom, Medikamenten gegen Gaza. Mehr als 2,3 Millionen Menschen, 40% davon Kinder, die ohne Möglichkeit der Flucht in Gaza gefangen sind, und jetzt vor einer israelischen Bodenoffensive stehen.

Die Totalblockade der palästinensischen Bevölkerung und das Bombardieren von ziviler Infrastruktur bricht das humanitäre Völkerrecht und muss ebenso verurteilt werden. UN-Hilfsorganisationen und die WHO warnen schon jetzt vor einer humanitären Katastrophe. Angesichts dieser Situation, stehen wir doch in der Verantwortung, unsere Stimme zu erheben und uns für ein Ende dieser Spirale der Gewalt einzusetzen, das Blutvergießen auf beiden Seiten muss sofort unter Vermittlung der Vereinten Nationen gestoppt werden! Denn diese Gewalt kann sich ja auch noch ausweiten auf die gesamte Region, es besteht die Gefahr eines Flächenbrands. ...

Für ein Ende der Gewalt in Israel und Palästina

Beschluss der Parteivorstandsberatung vom 11. Oktober 2023

Wir verurteilen die entsetzlichen Terror-Angriffe der Hamas auf Israel, bei denen über 1.200 Menschen getötet wurden, aufs Schärfste. Die zahlreichen Morde, der massive Raketenbeschuss und die Berichte über Entführungen sind schockierend. Das barbarische Massaker, dem 260 Teilnehmer*innen eines Musikfestivals zum Opfer fielen, ist ein Akt der Grausamkeit. In einem Kibbuz sind mehr als 100 Todesopfer geborgen worden. Immer noch werden weitere Leichen gefunden. Wir sind in Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen, und hoffen inständig, dass die Entführten bald wieder in Freiheit sind. Das erklärte Ziel der Hamas ist die Zerstörung Israels und die Errichtung einer islamistischen Diktatur in Palästina. Unterstützt wird sie dabei von dem iranischen Regime, das mit brutaler Gewalt gegen die feministisch geführte Revolution im Iran vorgeht. Wir verurteilen den Antisemitismus und die Taten der Hamas. Es gibt keine Rechtfertigung für die Morde und Entführungen, für Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Aus der Geschichte des Holocaust, des Antisemitismus ist der Staat Israel eine historische Notwendigkeit, die niemals zur Debatte steht.

Wir werden weiter jedem Antisemitismus hier entgegentreten, im Land der Täter. Das bleibt unsere Verantwortung, gerade in diesen Zeiten. Mit ihren Angriffen auf Israel hat die Hamas auch die palästinensische Bevölkerung in große Gefahr gebracht. Uns besorgt, dass die Antwort der israelischen Regierung erneut zahlreiche Zivilist*innen töten wird und bereits getötet hat. Die meisten Menschen im Gaza-Streifen können nicht fliehen. Es droht eine massive Welle militärischer Gewalt und Angriffe, unter der in erster Linie die Zivilbevölkerung leidet. Dies betrifft auch die Palästinenser im Westjordanland und palästinensische Staatsbürger Israels. Dass sich diese Spirale der Gewalt immer weiterdreht, liegt im Interesse der Hamas.

Die Herrschaft der Hamas und ihre Unterstützung bei der palästinensischen Bevölkerung basiert auch auf dem Nährboden und den menschenunwürdigen Bedingungen, die die Besatzungspolitik bereitet. Siedlungsbau und Entrechtung,



Von Lencer - own work, used:UNOSAT, Situation Map-Gaza CrisisUN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Gaza-Strip Overview MapSpiegel Online, Bastionen Israels im GazastreifenMinimap made with Israel location map.svg by User:NordNordWest, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5649944>

mangelhafte Infrastruktur und fehlende Perspektiven, häufig ungeahndete Schikane und Gewalt durch Sicherheitsbehörden tragen dazu bei, dass die Hamas sich als Befreier inszenieren kann – während sich ihre Akteure am Elend der palästinensischen Bevölkerung bereichern.

Die aktuelle ultrarechte Regierung von Benjamin Netanyahu hat diese Entwicklung befördert. Sie fördert den Bau von Siedlungen und hat eine vollständige Annexion des Westjordanlandes in Aussicht gestellt. Die seitens Israels angekündigte Total-Blockade auch von Wasser, Energie und Lebensmittellieferungen für über zwei Millionen Palästinenser*innen im Gaza-Streifen ist ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Das ist ein Nährboden für weiteren Terror. Solange Israelis und Palästinenser*innen nicht in Freiheit und Würde zusammenleben können, wird der Frieden und die Sicherheit aller Menschen in der Region immer bedroht sein.

DIE LINKE steht für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästina, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage der UN-Resolutionen. Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung einsetzen, die nicht zulassen wollen, dass Hass die Oberhand gewinnt, und die an eine Zukunft glauben, in der alle Menschen in der Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben. Eine Kürzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete lehnen wir ab. Diese Mittel dienen in erster

Linie dazu, die nötigste Infrastruktur und das notwendigste zum Leben sicherzustellen. Die Vergabe wird geprüft und erfolgt projektbezogen. Eine Streichung würde vor allem die Zivilbevölkerung treffen und nicht die Hamas schwächen.

Wir sind entsetzt darüber, dass Menschen auch hierzulande die Terrorakte der Hamas unterstützen, sich mit den Angreifern solidarisieren. Angriffe auf die Zivilbevölkerung sind grundsätzlich zu verurteilen. Für Antisemitismus darf es keinen Platz geben. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Angriffe der Hamas auf Israel für innenpolitische Zwecke hierzulande missbraucht werden.

Als DIE LINKE setzen wir uns immer und grundsätzlich gegen Doppelbestrafungen mit dem Mittel des Aufenthaltsrechts ein. Strafbares Verhalten muss mit den Mitteln des Strafrechts aufgeklärt und geahndet werden, egal, welche Staatsbürgerschaft eine Person hat. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich in der aktuellen Situation für Deeskalation einsetzt und den Weg zu einer friedlichen Lösung aktiv begleitet. Ihre guten Geschäftsbeziehungen zum Hamas-Unterstützerstaat Katar muss die Bundesregierung nutzen, um auf ein sofortiges Ende der Terroraktionen gegen die israelische Bevölkerung und eine bedingungslose Freilassung aller Geiseln hinzuwirken. Sie muss auf die israelische Regierung einwirken, dass diese die Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit Lebensmitteln, Wasser, Energie und Medikamenten entsprechend der Verpflichtung im humanitären Völkerrecht nicht behindert. Menschenrechtsgruppen und Friedensorganisationen in der Region brauchen entschiedene Unterstützung, um gegen gewaltbereite und autoritäre Kräfte bestehen zu können.

Eine Frechheit!

Gastbeitrag von Alina Lipp, Hirrlingen

Die Genehmigung des Landratsamtes ist eine Frechheit! Eine Frechheit gegenüber denen, die in Hirrlingen, Frommenhausen und Umgebung leben und das Naturschutzgebiet Kapfhalde als Naherholungsort schätzen. Das Landratsamt hat die Aufgabe, für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen und den Erhalt einer lebenswerten Natur zu gewährleisten. Mit Betonung auf „lebenswert“: Die Verdopplung der Sprengungen, viele Konflikte mit Arten- und Naturschutz und die Gefahr, dass durch Sprengungen der Kapffelsen geschädigt wird, zeigen, dass bei der Erteilung der Genehmigung kaum Rücksicht auf das Naturschutzgebiet und dessen Wert für uns Bürgerinnen und Bürger genommen wurde!

Trotz Klimawandels ist die Bauunion berechtigt, vier Liter Wasser pro Sekunde aus der Starzel zu entnehmen, die immer weniger Wasser führt. Über 4,5 Hektar forstrechtlicher Ausgleich wurden nicht erbracht, und seit Jahren wird die Zahl der erlaubten Lkw-Fahrten überschritten. Wo bleiben Kontrollen und Konsequenzen? Wodurch ist ein erhöhter Abbau zu rechtfertigen? Die Erweiterung bedeutet eine Ausbeutung der Natur, dabei ist deren Erhalt bedeutender denn je! Danke an die Gemeinde Hirrlingen, dass sie sich für die Kapfhalde und uns einsetzt.

Kurz und bündig

Jugendamt Tübingen fehlen viele Stellen

Zwölf bis 15 Vollzeitstellen fehlen dem Jugendamt, wie eine Untersuchung durch eine unabhängige Organisation ergab. Dies führt zu Überstunden und langen Wartezeiten bei gleichzeitig hoher psychischer Belastung der Beschäftigten. Denn sie sind verantwortlich für Entscheidungen zur Kindeswohlgefährdung und hat steigende „Fallzahlen“, will heißen die Konflikte in Familien und Schulen nehmen zu. Aber auch sechs bis sieben unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen versorgt werden.

Steinbruch Frommenhausen darf erweitert werden

Schlimmer geht's nimmer!

Im September veröffentlichte das Landratsamt Tübingen (LRA) seine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Erweiterung des Steinbruchs um 4,39 Hektar (ha). Er hat künftig eine Gesamtfläche von 22,21 ha. Bis 2035 dürfen jährlich 796.000 Tonnen Kalkstein als Schottermaterial abgebaut werden, eine Gesamtmenge von 2.531 Millionen Tonnen Gestein!

Dafür sind 250 Tage plus 40 Samstage, also 290 von 365 Tagen jährlich als Betriebszeiten genehmigt, die Sprengzeiten sind montags bis freitags von 6 bis 19 Uhr, samstags von 7 bis 11 Uhr.

Viel Streit hatte es im Vorfeld über die (bisher nicht eingehaltene) Anzahl der LKW-Fahrten gegeben: Sie beträgt für sämtliche Zu- und Abfahrten einschließlich der Rekultivierung max. 700 tägliche Fahrten an durchschnittlich 280 Fahrten an Werktagen im Jahr. Diese „Höchstzahl“ wird damit begründet, dass auf der Waage auf dem Betriebsgelände höchstens 350 LKW abgefertigt werden können.

„Nebenbestimmungen“

Der Abbau auf dem Erweiterungsgelände darf erst begonnen werden, wenn um den gesamten Bereich aus Sicherheitsgründen ein „geschlossener 1,5 m hoher Zaun“ errichtet wurde. Schließlich gab es in der Vergangenheit mehrere Felsabgänge, zuletzt 2022. Deshalb muss der Abstand zur Abbaukante und zu den Flurstücken mindestens fünf Meter betragen, die Südwestkante-Ecke entlang Wald und Wirtschaftsweg muss zur Abbaukante 15 Meter entfernt sein.

Für die Kapfhalde muss wegen der Fledermäuse und dem Uhu ein Betriebstagebuch über Erschütterungen durch Sprengungen geführt werden. Um die nachgewiesenen Vögel wie Feldlerche, Goldammer, Neuntöter und Dicker Trespse zu schützen, ist eine Blühbrache ohne Herbizide und Pestizide vorgeschrieben.

Abenteuerlich wird es bei Aufforstung und Rekultivierung: Da nicht genügend Flächen vorhanden sind, hat die Bau-Union Flächen in Horgen (1,58 ha) und in Flözlingen (0,64 ha), beide im Kreis Rottweil, genehmigt bekommen, die bis 2025 aufzuforsten sind. Eine Ersatzfläche von 1,6 ha fehlt immer noch. Über die Vernichtung der landwirt-

schaftlichen Nutzfläche heißt es wörtlich: „Der Biotop Ackerland ist langfristig zunächst nicht wiederherstellbar.“ Ein Gebrauch kann erst nach 25 Jahren erfolgen!

„Begründungen“

Unter dieser Überschrift werden die öffentlichen Einwendungen der Einwohner und Gemeinden gegen die Erweiterung widerlegt. Dazu zählt, dass die Abbaufirma bei einer früheren Erweiterungsgenehmigung die Zusage gemacht hatte, keinen weiteren Abbau



Foto: E. Peter

zu beantragen. Diese Zusage war den Sauerstoff nicht wert, der verbraucht wurde, denn sie hatte keinen Einfluss auf die aktuelle Genehmigung, war also nichts wert!

Besonders heftig werden die Einsprüche aus Hirrlingen abgelehnt. Erstens sei Hirrlingen nicht direkt betroffen, da sie Gemeinde „nur“ am südlichen Rand der Erweiterung liegt. Zweitens ist die hohe Anzahl von LKW-Durchfahrten „deutlich unterdurchschnittlich“, so dass die Verkehrssicherheit auch für Kitas, Schulen keine Tempobeschränkung erlaube. Drittens könne die Gemeinde nicht als „Trägerin der Eigentumsrechte“ ihrer Bürger auftreten, z.B. bei den Schutzgütern Wasser und Naturschutz. Vielmehr müsse sie sich an die „künftige Entwicklung“ anpassen und unterliege bei der „möglicherweise eingeschränkten Vermarktbarkeit“ ihrer Grundstücke der „Situationsgebundenheit“ bezüglich der „abbauwürdigen Bodenschätze“.

Kann man die Hoheitsrechte einer Kommune noch klarer beseitigen?

Städtische Pachtverträge

Wer geglaubt hat, die Stadt Rottenburg würde bei den Pachtverhandlungen mit der Bau-Union die Interessen ihrer Bürgerschaft vertreten, sieht sich gründlich getäuscht. Bis auf das Flurstück 241 (Dietstein) ist die Stadt Rottenburg Besitzer aller Grundstücke für die Steinbruch-Erweiterung und sollte dies für die Verhandlungen der Pacht im Interesse der Bürger nutzen! Aber am 7.4.2021 hat die Stadt ihre Zustimmung für den Abbau und die Verpachtung gegeben. Einige Bürgermeister und Gemeinderäte hatten auch keine Stimme gegen die Festlegungen des Regionalverbandes Neckar-Alb erhoben, in dem sie vertreten sind. **Wo hat sich die Stadt in den Pachtverhandlungen jemals für die Interessen der Bürgerschaft eingesetzt? Wo hat sie die Schutzrechte von Mensch, Natur und Tieren vertreten? Wo hat sie im Gemeinderat ihre Bedingungen für die Verpachtungen offengelegt?**

Nicht nur Transparenz ist (wieder einmal) ein Fremdwort für die Stadt. Sondern die Bürgermeister und die Verwaltung machen ihren eigenen Lärmaktionsplan (LAP) zur Makulatur. Er verpflichtet alle Gemeinden im Ländle, die Bevölkerung zu informieren und zum Schutz der Gesundheit ihrer Bevölkerung konkrete Lärminderungsmaßnahmen umzusetzen: „Einzubeziehen sind hier häufig verkehrsreiche Kreis- und Gemeindestraßen oder **auch lärmrelevante Straßen mit weniger als 8.200 Kfz/Tag, sowie ortsbekannte, aber nicht erfasste Lärmprobleme und Gebiete mit offensichtlicher Mehrfachbelastung.** (...) Auf jeden Fall sind die Bereiche mit Lärmbelastigungen über 65 dB(A) LDEN und 55 dB(A) Lnigth zu berücksichtigen.“

Das trifft schon auf den bisherigen Abbau im Steinbruch zu: „Wesentliche Verursacher des Straßenlärms sind LKW und Motorräder, LKW verursachen bei 50 km/h etwa so viel Lärm wie 20 PKW.“ So heißt es im Rottenburger Gemeinderatsbeschluss: „Die ausgewiesenen Gebiete sind grundsätz-

sätzlich (!) vor weiterer Verlärmung, insbesondere durch Verkehrswege oder Gewerbeansiedlungen zu schützen.“ Unter Punkt 3 dieser Gebiete wird ausdrücklich die KAPFHALDE als „zusammenhängender Naturraum“ und „Spaziergebiet“ mit ihrer Funktion als „Naturschutzgebiet“ und ihrer Größe von 11,8 Hektar aufgeführt. Unter den „Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Dienststellen zum förmlichen Beteiligungsverfahren“ zum LAP findet sich keinerlei Stellungnahme aus Frommenhausen. Gute Nacht, Herr Hallmayer.

Ungebrochener Widerstand

In Hirrlingen ist der Widerstand gegen diese Genehmigung ungebrochen. Be-

reits im Januar 2022 hatten 700 Einwohner ihren Protest bei einer Unterschriftenaktion des Bürgerforums Lebenswertes Hirrlingen formuliert.

In letzter Zeit fanden immer wieder ganztägige Verkehrszählungen des Bürgerforums statt, bei denen mehr als 450 LKW-Fahrten anstelle der erlaubten 156 Fahrten gezählt wurden. Deshalb hat der Gemeinderat Ende Oktober einstimmig beschlossen, gegen die ungeheuerliche Genehmigung zu klagen. Zudem hat er das interessante Entwicklungskonzept für Hirrlingen auf den Weg gebracht.

Auch die Landesverbände des BUND, des Landesnaturschutzverbandes (LNV) und der Interessengemeinschaft

Vogelschutz Hirrlingen haben gemeinsam einen Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt, weil nach ihrer Ansicht die Auflagen zum Schutz des NSG Kapfhalde nicht ausreichen und die Nähe und Intensität der Sprengungen zu nicht umkehrbaren Schädigungen führen können.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Protest gegen Privatgymnasium in Reutlingen hält an Neue Schülerzahlen ermöglichen eigentlich bessere Gesamtplanung

In Reutlingen hatte sich eine Initiative aus den Schulleitungen sämtlicher weiterführender Schulen, dem Gesamtelternbeirat, unterstützt von der Lehrergewerkschaft GEW, dem DGB und Initiativen gebildet. Sie forderten den Reutlinger Gemeinderat auf, dem Bau eines privaten evangelischen Privatgymnasiums nicht zuzustimmen und hatten dazu eine Petition gestartet.

Das dreizügige kirchliche Gymnasium mit diakonischem Profil der Evangelischen Schulstiftung (ESS) würde den städtischen Haushalt über einen Zeitraum von 60 Jahren mit einer Million Euro jährlich belasten. Schon jetzt kann die Stadt 17 geplante Schulbauprojekte nicht stemmen, in Betzingen wird in Containern unterrichtet, das Isolde-Kurz-Gymnasium wartet seit Langem auf seine Mensa. Will heißen: der städtische Zuschuss für ein Privatgymnasium geht zu Lasten der öffentlichen Schulen und verschärft noch deren Schulraumnott! Laut Schulamtsleiter Uwe Weber fehlen in Reutlingen bis 2027 rund 27 Klassenzüge. Die finanzielle Misswirtschaft des Kultusministeriums führt zu Privatisierungen, deren Investoren dann willkürliche Aufnahmebedingungen stellen können.

Schulentwicklungsplanung

Jetzt hat das Statistische Landesamt neue Zahlen zur Entwicklung der

Schülerzahlen vorgelegt. Danach steigen die Zahlen stärker als noch vor einem Jahr angenommen, vor allem durch einen stärkeren (erfreulichen) Geburtenanstieg und durch Zuzüge von Geflüchteten mit Kindern. War man 2022 noch für das Schuljahr 2035 von 1,610 Mio. ausgegangen, so jetzt von 45.000 Schülern mehr. Jedoch ist dies für die Schularten unterschiedlich, so dass die Grundschulen und Förderschulen ihren Höchststand bereits in drei Jahren mit 438.100 Kindern erwarten. Für die Reutlinger Gymnasien wird der Anstieg nicht so schnell erwartet. Deshalb plädiert das Reutlinger Bündnis „Bildung für alle“ für eine Schulentwicklungsplanung mit allen Reutlinger Schulen statt einer teuren und schädlichen Hauruck-Aktion.

Lehrereinstellung

Für steigende Schülerzahlen braucht es nicht nur mehr Räume, es braucht auch mehr Lehrkräfte. Zuletzt hatte 2009 die gescheiterte Kultusministerin Eisenmann (CDU) den Bedarf bis 2030 auf rund 10.600 Stellen geschätzt, nachdem sie jahrelang den Stundenausfall verleugnet hatte. Der renommierte Bildungsforscher Klaus Klemm errechnete den Mehrbedarf schon damals auf mindestens 16.000 Lehrkräfte und wurde von ihr heftig angegriffen.

Jetzt muss Theresa Schopper (Grüne) von 5.300 neuen Kräften ausgehen.

„Das ist aber nur ein kleiner Teil“, gab ihr Sprecher zu. Denn darin sind Pensionierungen, Ganztagsbetreuung ab 2026 und Förderung von Migrantenkindern nicht mitberechnet. Deshalb fehlen zum jetzigen Schuljahresbeginn für die rund 15.000 neuen Grundschüler mehr als 500 zusätzlichen Klassen. Schoppers „Lösung“ besteht in „Quereinsteigern“, Fachkräfte ohne jegliche pädagogische Ausbildung. Wundert sich da noch jemand, dass 30 Prozent aller Grundschüler die vierte Klasse als potenzielle Analphabeten verlassen?

Das Regierungspräsidium Tübingen hat für dieses Schuljahr 391 Nichterfüller eingestellt, Lehrkräfte, die noch keine fachliche oder pädagogische Aussicht auf die Übernahme ins Beamtenverhältnis haben, aber bei Unterrichtsausfall aushelfen könnten. Das Problem: Als Unterrichtsausfall gelten nur so genannte Langzeitausfälle von sechs Wochen und mehr. Kürzere Fehlzeiten, so Tilmann Seeger vom Staatlichen Schulamt, „sind keine Marker für uns“. Anstatt die „Nichterfüller des vergangenen Schuljahres weiter zu qualifizieren, werden diese in die Arbeitslosigkeit entlassen. Das nennt sich Lehrkräfteplanung!

Dr. Emanuel Peter
DIE LINKE
Rottenburg

Stäble Remmingsheim wird „umstrukturiert“

Ein Debakel für Rottenburg und Hospitalpflege

Ohne Rücksprache oder gar Zustimmung von Bürgermeister Gunter Schmid oder vom Gemeinderat Neustetten, zuständig für das Pflegeheim Stäble, verkündete die Stadt Rottenburg auf ihrer Homepage ein „neues, bedarfsgerechtes Konzept“! Bereits im September „informierte“ die Leitung der Hospitalpflege die Bewohner, dass die Pflegestationen mit 36 Dauerpflegeplätzen zum 31. Dezember geschlossen würden.

Die jetzigen Bewohner hätten die Alternative, entweder nach Ergenzingen umzuziehen oder sich in eine der beiden geplanten Wohngruppen à 12 Bewohner einzumieten. Diese sollen eine ambulante Pflege durch den ambulanten Pflegedienst von Hospital Mobil sowie durch Präsenzkkräfte betreut werden. Wohnen bleiben könnten auch Personen mit Pflegegrad 5, die „keinen speziellen Pflegebedarf“ haben. Wer bitte sehr soll das sein, warum befindet sich diese Person wohl in Grad 5?!

„Feingefühl einer Dampfwalze“

Der Protestzug von 80 Personen zur Gemeinderatssitzung Neustetten Ende September erhielt von Bürgermeister Schmid die Zusage, dass er auf einer Bürgerversammlung umfassende Informationen geben und nach einem alternativen Betreiber suchen werde. Mitte Oktober erklärte er vor rund 300 Personen aus seiner Sicht präzise den bisherigen Ablauf der Gespräche mit der Hospitalpflege. Er wurde unterstützt durch eine Erklärung des Gemeinderats Neustetten, dass alle seine Infos den Tatsachen entsprechen. Neustetten fühlt sich von der Hospitalpflege in mehrfacher Weise hinters Licht geführt.

Erstens erweckte die „Mitteilung“ auf der Rottenburger Homepage und im RoMi den Eindruck, dass alles schon beschlossen wäre und Neustetten zugestimmt hätte. Laut BM Schmid ist das Gegenteil der Fall: Neustetten sei die neue Konzeption für das Stäble im Detail nicht bekannt gewesen, als die

Hospitalpflege per Mail am 28. Juli verkündete: „Hospitalpflege und Gemeinde Neustetten wollen neue Wege gehen“. Dabei hatten beide noch letztes Jahr den Pachtvertrag bis 2028 verlängert!

Zweitens hat Neustetten mehrfach vertreten, dass sie aufgrund der veränderten Altersstruktur in der Bevölkerung **zusätzlich zur bestehenden Pflegeeinrichtung** weitere alternative Wohnformen einrichten wolle. Diese Erweiterung wäre jedoch nur durch teuren



Foto: N. Kern

Umbau möglich, wenn die Zimmer dafür um einen halben Quadratmeter vergrößert würden.

Drittens hatte Neustetten eine Umfrage im Ort durchgeführt, welche anderen Wohnformen sich die Einwohner bei einer Erweiterung wünschen. Das Ergebnis dieser Umfrage wurde von der Hospitalpflege als Argument missbraucht, die stationären Dauerpflegeplätze in zwei ambulante Wohngruppen umzuwandeln.

Viertens hatten Hospitalpflege und Neustetten über diese Gespräche bis zur Klärung aller offenen Fragen Stillschweigen vereinbart. Laut BM Schmid wurde dies durch die Hospitalpflege gebrochen.

Demokratiegefährdend

Das selbstherrliche Vorgehen der Leitung der Hospitalpflege mit Rückendeckung von Rottenburgs Stadtoberern bei der „handstreichartigen Umstrukturierung“ wurde in der Rottenburger Post als „Feingefühl einer Dampfwalze“ bezeichnet (13.10.2023). Es schädigt

nicht nur das Ansehen des Stäble und seiner Beschäftigten. Es hintergeht ganz offen demokratische Strukturen wie den Bürgermeister, den Gemeinderat und eine Bürgerbeteiligung in Neustetten. Kein Wunder, dass viele Einwohner meinen, Neustetten solle mit der Neukonzeption über den Tisch gezogen werden! Letztlich wirkt es rufschädigend für die gesamte Rottenburger Hospitalpflege, wird zu weiterer Fluktuation bei den Beschäftigten führen und schwächt die kommunale Daseinsvorsorge für ein würdevolles Leben im Alter. Ein solches Verhalten der Rottenburger Verwaltung und Hospitalpflege vergiftet die Atmosphäre für eine einvernehmliche Einigung.

Alternative Ergenzingen?

Bürgermeister Bednarz, stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Hospitalstiftung, versucht den Umzugszwang für die jetzigen Bewohner des Stäbles nach Ergenzingen in eine neue

Umgebung mit viel Baustellenlärm in den nächsten Jahren dadurch zu beschönigen, dass sie dort eine schöne, neue Unterkunft bekämen. Die gut dreifach höheren Investitionskosten (IVK) von monatlich 1.103 Euro für Neubau, Zinsen und Instandhaltung – im Unterschied zu aktuell 297 Euro – bräuchten sie erst ab 2026 bezahlen. Dafür könnten Mutige jetzt schon ihr Namensschild an ihr neues Zimmer ankleben. Wer das allerdings nicht zahlen kann oder will, dem bietet Bednarz großzügig einen Platz in einem Pflegeheim der Kernstadt an. Er hat „vergessen“ zu erwähnen, dass ab 1. Oktober diesen Jahres der Tagessatz auch in diesen Pflegeheimen um 15 Euro steigt, also auf 450 Euro monatlich! Allerdings können einige wegen des akuten Personalmangels und der hohen Fluktuation von Pflegekräften keine neuen Bewohner aufnehmen!

Alt werden in Würde?

Die Hospitalpflege begründet ihre Drohung einer außerordentlichen Kündigung des Pachtvertrags damit, dass das

Stäble betriebswirtschaftlich nicht zu halten wäre. Doch das ist eine politische Rechnung, denn grundsätzlich gehören Pflege und Unterbringung älterer Menschen zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese ist mit ausreichend öffentlichen Geldern zu finanzieren. Deshalb war der Rückzug der Landesregierung in Stuttgart aus der Pflegeheimförderung (2010) sozialpolitisch unverantwortlich.

Auf Initiative der **LINKEN** im Hospitalausschuss haben alle Fraktionsvertreter zusammen mit BM Bednarz 2019 eine Protestresolution an Sozialminister Lucha (Grüne) geschickt, der jede finanzielle Unterstützung für das neue Pflegeheim in Ergenzingen kategorisch damit ablehnte, der Aufbauprozess „für eine wohnortnahe Grundversorgung mit stationären Pflegeheimplätzen in allen Landesteilen“ sei abgeschlossen und die „Träger der Altenhilfe (müssten) ohne zusätzliche staatliche Förderung“ auskommen.

Eine weltfremde Meinung: Seit 1980 ist die Zahl von Menschen mit 85 Jahren oder älter um das Fünffache auf aktuell 350.000 Personen gestiegen, viele von ihnen sind schwerstpflegebedürftig. Lucha verantwortet auch die Landesheimbauordnung (2009), die die Pflegeheime zum teuren Umbau von Zweibett- in Einbettzimmer zwang. Dies betrifft in Rottenburg das Haus Katharina, das Haus am Hospitalgarten und den Neubau Ergenzingen, zusammen mit anderen Sanierungsmaßnahmen sind das 8,2 Mio. Euro (Wirtschaftsplan der Hospitalstiftung von 2021). Seit Jahren fordert der Sozialverband VdK von Lucha die Übernahme des ständig steigenden Investitionskostenanteils.

Wie geht es weiter?

Entweder die Hospitalpflege betreibt die stationäre Pflegeeinrichtung in Neustetten weiter wie bisher. Dafür lohnt es sich, öffentlich einzutreten,

weil es auch um unsere Kinder und Enkel und die Zukunft der Gemeinde Neustetten geht, wie eine Frau aus Remmingsheim in der Bürgerversammlung deutlich machte. Auf jeden Fall dürfen das Stäble und der Neubau Ergenzingen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Oder es gäbe einen anderen Betreiber, der allerdings die Einrichtung nur übernehmen würde, wenn das bisherige Personalteam geschlossen in Neustetten bleibt. Dem stehen die Abwerversuche von Stuhlmüller für Ergenzingen entgegen. Auf jeden Fall müssen alle Bewohner eine Bestandsgarantie für ihren jetzigen IVK-Anteil im Pflegesatz erhalten, denn sie werden mit ihren aktuell gültigen Verträgen zu teuren Alternativen gezwungen, die sie nicht zu verantworten haben.

Alles andere ist unsozial und führt in Altersarmut!

Dr. Emanuel Peter
DIELINKE
Rottenburg

Es reicht

Gastbeitrag von Klaus G. Weber

Was will OB Neher mit dem neuen WTG Konzept? Vor der nächsten Wahl noch einmal ausloten, was er Gemeinderat und Bürgerschaft ohne Widerspruch noch alles zumuten kann? Entspricht das Projekt der neuen Außendarstellung unserer Stadt vielleicht sogar seinem ernstesten eigenen Anliegen? Alleinige Entscheidungsgewalt, Pseudobeteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Nichtöffentlichkeit, Intransparenz und Desinteresse an den Bedürfnissen großer Bevölkerungsteile sind Merkmale der von ihm so geschätzten Institution. Das könnte OB Neher's Wunschtraum für die eigene Amtsführung sein. Eigentlich sollte er als OB doch für die ganze Stadt da sein und nicht nur für eine schwindende noch aktive Minderheit.

Werbung mit der Bischofsstadt oder gar der „frommen Stadt“, das wird potentielle Investoren und Neubürger eher abschrecken. Das Neher'sche Marketingkonzept ist unglaublich altbacken und rückwärtsgewandt.

Dass das Ordinariat als öffentliche Stelle jetzt Aufgaben nach seiner Weisung (also der des Ordinariats) der Stadt übergibt (ein rechtlicher Bestandteil einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung) und damit die Außendarstellung unserer Stadt wesentlich mitprägt, ist vollends unerträglich. Wir brauchen dringend einen politischen Wandel.

Erfolg bei Wahlrecht und Integration

Chancen für eine friedliche gemeinsame Zukunft

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat eine Initiative beschlossen, dass Personen mit Migrationshintergrund, die seit vielen Jahren in Rottenburg leben, arbeiten und Steuern zahlen, auch an ein Kommunalwahlrecht erhalten sollen. Bisher können das nur Personen aus EU-Ländern.

Daniel Setzler zu verdanken. Jahrelang hatte die CDU gelehrt, dass Baden-Württemberg ein Einwanderungsland ist, obwohl die Eisenbahnstrecke durchs Neckartal durch italienische Arbeiter gebaut wurde, obwohl am „Wirtschaftswunder“ nach Kriegsende Millionen „Gastarbeiter“ beteiligt waren.

tionsforen und jährliche „Feste der Nationen“ im Schänzle statt. Auch durch viele Initiativen für Geflüchtete, die sich integrieren wollen, hat sich die Stimmung verändert. Schließlich ist der Bedeutung von Zugewanderten aus anderen Ländern mit rund 110 verschiedenen Nationalitäten mindestens ebenso groß wie in Tübingen.

Dieser Beschluss ist dem Integrationsbeirat und seinem engagierten Sprecher

In Rottenburg fanden viele Integra-

Zuwanderung ist eine wirtschaftliche

Stellenstreichungen im Bundesfreiwilligendienst

Lindner betreibt sozialen Kahlschlag zugunsten der Superreichen

In Rottenburg arbeiten viele Jugendliche im Bundesfreiwilligendienst (kurz BFD). Die „Buftis“ bei Mokka, in Kitas und Schulen wie der Lindenschule im Wegental probieren häufig nach Schulabgang eine spätere Ausbildung im sozialen oder ökologischen Bereich aus und entlasten zugleich die überlasteten Beschäftigten in diesen Einrichtungen.

In Baden-Württemberg sind aktuell 17.225 Personen im Freiwilligen Sozialen (FSJ) oder Ökologischen Jahr (FÖJ) tätig, das sind elf Prozent eines Jahrgangs im Bundesland, so die Diakonie in einem Ländle, das das Ehrenamt angeblich besonders hoch hält.

Lindners sozialer Kahlschlag

Nicht nur beim Bürgergeld, bei der Kindergrundsicherung, beim Elterngeld, beim 49-Euro-Ticket und der Seenotrettung im Mittelmeer, sondern auch beim BFD will Finanzminister Christian Lindner von der Schutzgemeinschaft deutscher Milliardäre, offiziell als FDP bezeichnet, im neuen Bundeshaushalt 78 Mio. Euro beim BFD einsparen. Dadurch sind ein Viertel bis ein Drittel aller Stellen beim DRK, Arbeiter-Samariter-Bund, der Diakonie oder in den Kitas gefährdet.

„Das ist wirklich krass, vor allem angesichts einer jährlichen Debatte um ein Pflichtjahr“, so Kornelius Knapp (Diakonie BW). Das wäre ein "Schlag ins Gesicht" für alle Freiwilligen, Träger und Einrichtungen. "Die Träger sind sehr verunsichert und wissen nicht, wie sie das schaffen sollen", sagt Kristin Napieralla, Sprecherin des "Bundesarbeitskreises FSJ". Freiwillige übernehmen in den Einrichtungen Hilfstätigkeiten, geben zum Beispiel Essen an Obdachlose aus, spielen mit den Kindern in Kitas oder gehen mit

Senioren spazieren. Sie entlasten damit die hauptamtlichen Angestellten, die sowieso schon viele Überstunden machten, betont sie.

Bundesweite Proteste gegen Lindner

Erst im März hatte Marie Beimen, FJLlerin bei Dortmund innerhalb einer Woche für eine Petition an den Bundestag über 100.000 Unterschriften gesammelt: „Kürzungen zum jetzigen Zeitpunkt – nach der Pandemie, nach Einsparungen bei Jugendlichen, außerdem nach der Diskussion um den Pflichtdienst und die Stärkung der Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft – sind überhaupt nicht vermittelbar und der falsche Weg,“ so die Sprecherin des Bundesarbeitskreises FSJ Napieralla.

Für 2025 hat Lindner bereits weitere Kürzungen angekündigt. Mitte Oktober veröffentlichten Arbeiterwohlfahrt, Diakonie und Paritätischer Gesamtverband das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter ihren 261.000 Beschäftigten mit mehr als 2.700 gemeinnützigen Organisationen. Gemeinsam fordern sie einen „ambitionierten steuer- und finanzpolitischen Kurswechsel“, damit es nicht zum sozialen Kollaps kommt. Denn bereits jetzt müssen rund 40 Prozent der befragten Einrichtungen ihre Angebote und Hilfsleistungen einschränken und Personal abbauen. „Wer heute kürzt, zahlt morgen drauf“, so Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland.

Breiter Protest

Nicht nur beim FSJ, sondern bei allen Sozialverbänden gibt es einen starken Widerstand gegen diesen neoliberalen Kahlschlag von Lindner, denn Jugendliche, Beschäftigte und Betroffene in den Einrichtungen würden gleichermaßen

darunter leiden. Lindner zahlt lieber 30 Mrd. Euro an Kreditzinsen an die Banken anstatt von unseren Milliardären eine Vermögensabgabe einzufordern. Deshalb wird **DIE LINKE** in den Gemeinderäten und Kreistagen eine Initiative starten, dass die Bundesregierung diese geplanten Kürzungen zurücknimmt. Sollte sie dies nicht tun, fordert **DIE LINKE** die Landesregierung auf, die ausfallenden Bundesmittel aus dem Landeshaushalt zu ersetzen.

Lobenswert ist, dass Sozialminister Lucha Stellen und Gelder für das FÖJ aufstockt. Aber warum nur für die Ökologie? Der „grüne“ Finanzminister Bayaz hat schließlich fast zehn Milliarden Euro in Reserve, die laut Landesrechnungshof größtenteils nicht durch beschlossene Ausgaben gedeckt sind. Sie können problemlos für den BFD eingesetzt werden.

Antrag der Linken im Kreistag Tübingen zu den Stellen im Bundesfreiwilligendienst

1. Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf, die Streichung von rund 35.000 Stellen für die Bundesfreiwilligendienste (BFD), das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) rückgängig zu machen.

2. Der Kreistag begrüßt, dass im neuen Haushaltsplan der Landesregierung von Baden-Württemberg die Stellen beim Freien Ökologischen Jahr um 90 erhöht wird. Aber er fordert, dass auch für den BFD und das FSJ die Stellen mindestens erhalten bleiben müssen und sie durch die Landesregierung zu finanzieren sind, wenn dies nicht mehr von der Bundesregierung geschieht.

Dr. Emanuel Peter

Geht's noch?

Gastbeitrag von Michaela Wiese, Rottenburg

So – nun planen Herr Neher und der Gemeinderat eine öffentlich-rechtliche Verbindung von Stadt und Diözese. Was für eine absurde Idee. Die Katholische Kirche ist strikt hierarchisch und zutiefst undemokratisch organisiert. Der Bischof bestimmt alles. Frau und Mann sind nicht gleichgestellt. Geschiedene sind ausgeschlossen. Die Sülchenkirche ist für Trauerfeiern für Nicht-Christen verschlossen. Abgesehen davon ist dieser Versuch, Rottenburg vorrangig als katholische Bischofsstadt zu definieren, für alle Menschen, die sexuelle und andere Gewalt in der Kirche erlebt haben, ein Schlag ins Gesicht.

Die Stadt Rottenburg ist fromm! Bei „frommer Stadt“ fällt mir spontan eher der Iran mit seinem Mullah Regime ein als eine freie demokratisch regierte Stadt in Deutschland.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Nun siegt mal schön!

Oder: Wir müssen kriegstüchtig werden.

Wie weit sind wir heute von der ironisch-distanzierten Bemerkung des Bundespräsidenten Theodor Heuss entfernt, die er 1958 als Manövergast vor Soldaten aussprach: „Nun siegt mal schön.“ Er selbst ordnete diesen Satz als „Nebenher-Bemerkung, in einer heiteren Laune gesprochen“ ein.

Sprach man bisher davon, dass die Bundesrepublik „verteidigungsbereit“ sein müsse, was unwidersprochen hingenommen wurde, spricht Verteidigungsminister Boris Pistorius von „kriegstüchtig.“

Was auf den ersten Blick keinen großen Unterschied macht, ist bei näherem Hinsehen doch sehr unterschiedlich. Verteidigungsbereitschaft setzt einen aktiven Angreifer voraus, während „Kriegstüchtigkeit“ auch eine aktive Komponente enthält, ebenso wie „Kriegsfähigkeit“. Es ist mehr als Wortklauberei. Es fragt sich, welches Denken jeweils dahinter steckt.

Begründung für die neue Entwicklung ist der Angriff Russlands auf die Ukraine. Die Vorgeschichte wird wesentlich unterschlagen, denn sie könnte die Einschätzung gründlich verändern (NATO-Osterweiterung, Verhältnis der

östlichen Regionen der Ukraine zu Kiew und Russland). Um den ganzen Komplex zu vereinfachen wird lediglich von „Zeitenwende“ gesprochen, von „Es ist nichts mehr so, wie es war.“ Es wird nicht überlegt, welches der eigene Anteil an dieser Zeitenwende ist.

Der erste Satz der Präambel des Grundgesetzes enthält das sog. „Friedensgebot“ und lautet:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa **dem Frieden der Welt zu dienen**, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Da tauchen sie wieder auf die wohlfeilen Worte wie Abschreckung, Wehrhaftigkeit, „Frieden, Freiheit, Sicherheit“, Verantwortung ...

Ein Blick in die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr von 9. November 2023 werden deutlicher.

Da ist die Rede von Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht, von bewußter Inkaufnahme der Gefahr für Leib und Leben

Der Pazifist könnte sich distanziert zurücklehnen und meinen es ginge nur um die Bundeswehr. Er irrt. Mit „kriegstüchtig werden“ ist auch er gemeint - die ganze Gesellschaft ist gemeint.

Wo bleibt die Deeskalation, die Diplomatie, der Versuch gegenseitigen Verstehens, des Verhandelns ...? Massive Aufrüstung, Angstmache und Kriegstreiberei, Sanktionen stehen im Vordergrund, Waffenexporte, „Sondervermögen“ zur Finanzierung. Wo bleiben Abrüstung, eine Politik der Entspannung, die Förderung einer Kultur des friedlichen Zusammenlebens, der Abbau von Vorurteilen? Wo ist die Zeitenwende im Denken? Wo ist die Erinnerung an „Nie wieder Krieg!“

Wie schön wäre es, wenn der Verteidigungsminister in ironisch-distanzierten Ton den Soldaten und Soldatinnen zurufen würde: „Nun siegt mal schön!“

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 2. Dezember 2023**
- ◇ **10 - 12 Uhr, Metzelpfad**

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Donnerstag, 7. Dezember 2023
19.00 Uhr, AWO-Heim, Ehninger Platz 7

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg